

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis: vierteljährlich 36 Mark, unter Kreuzband 54 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: St. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin N. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts-Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Insertionspreis ab 1. Juli.
Für Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareilzeile 12 Mark.
Grazulationen die Zeile 6 Mark, für Todesanzeigen die Zeile 4 Mark.

Ein Wettbewerb im Schwijssystem.

(Dieser in der Londoner „Nation“ veröffentlichte vorzügliche Aufsatz beleuchtet die Wirkungen von Lohnkürzungen mit Hinblick auf die englischen Arbeiter, darüber hinaus aber auch auf die gesamte Arbeiterschaft in trefflicher Weise. Die Redaktion.)

Seidem die Handelskrisis einsetzte, griffen die Unternehmer aus allen Industriezweigen mit wachsender Hartnäckigkeit zur Herabsetzung der Lohnsätze, als ihrem einzigen Rettungsweg. Zunächst gingen sie schüchtern und tastend vor. Sie wußten nicht, wie weit die Nachkriegsstimmung die Arbeiter zu revolutionären Gewaltmaßnahmen treiben würde, dann aber faßten sie neuen Mut und drängten nach immer größeren und häufigeren Lohnkürzungen, wodurch nicht nur die Lohnsätze, sondern auch der Reallohn sinken mußten, nach Verlängerung der Arbeitszeit und anderen Einschränkungen der Kriegserregenschaften der Arbeiter. Die jetzige Lage der Arbeiterschaft mit zwei Millionen Arbeitslosen und bis zur Reize erschöpftem Kampffonds bot anscheinend keine Möglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes. Die entschledener Gruppe der Unternehmer konnte daher mit erneuter Zuversicht auf die Rückeroberung des vollen Verfügungswortes über ihre Fabriken rechnen.

Um die Wirkungen der Lohnherabsetzungen zu beurteilen, müssen zunächst folgende Fragen gestellt werden: Sind Lohnsenkungen notwendig, um die Preise herabzudrücken, um den Handel zu beleben? Können niedrige Löhne unbedingt die Belebung der Wirtschaft gewährleisten?

Bei Beantwortung dieser Fragen ist es nun wichtig, zu unterscheiden zwischen der sofortigen und der dauernden Wirkung der Lohnherabsetzung. In England und den meisten anderen industriell entwickelten Ländern ist, was man „Ersparnis durch hohe Löhne“ nennt, ein längst als gesund anerkannter Geschäftsgrundsatz. In England, Amerika und in letzter Zeit auch in Deutschland zahlen die am höchsten entwickelten und ertragreichsten kapitalistischen Industrien die höchsten Löhne in der Gewissheit, daß dies durch geschicktere und produktivere Arbeit ausgeglichen wird. Wenn das stimmt, so müßten Lohnherabsetzungen geringere Arbeitsleistungen zur Folge haben, die den Einfluß der niedrigen Löhne auf die Herstellungskosten aufheben würden. Dagegen wendet der Unternehmer ein, daß ein solches Sinken der Leistungsfähigkeit nur dort eintreten kann, wo ein ausgeprägtes Schwijssystem in Anwendung gefange, wodurch das Familieneinkommen herabgedrückt würde. Dies findet aber nicht statt, wenn die Lohnkürzungen sich nur auf einen Teil der Zuschüsse bezieht, die in die gesamte Lebenshaltung noch nicht fest aufgenommen, mehr für den Luxus als für notwendige Verbesserungen verbraucht wurden. Wenn der Unternehmer indiskret ist, wieder auf die steigenden Ausgaben für Alkohol und Kinematographen anspielen. Aber diese Ausrede ist nicht stichhaltig, sie beweist nur, daß eine plötzliche Steigerung des Einkommens einige Zeit braucht, um sich der Lebenshaltung des Arbeiters anzupassen und so die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit desselben sowie seiner Familie zu erhöhen. Sie widerlegt nicht den anerkannten Grundsatz, daß gute, geschickte und verantwortliche Arbeit nur von gutbezahlten Arbeitern zu erzielen ist. Nicht die körperliche Kraft allein, sondern die Leistungen der Intelligenz und des Willens sind es, die mehr zu wichtigen ökonomischen Faktoren werden. Der Hauptgrund gegen die Lohnherabsetzungen ist daher, daß sie die dauernde Leistungsfähigkeit und den Fortschritt der Arbeiterschaft schädigen und eine Vermirrung in die Art der Lebenshaltung bringen, die ihrerseits zu einer zunehmenden Ursache der Unruhe, Unzufriedenheit und Verschwendung in der Industrie wird.

Aber, wird von anderer Seite eingewendet, was hat die Erörterung solcher allgemeinen und weit ausschauender Ansichten für einen Zweck in einer Lage wie die, in der wir uns momentan befinden. Die jetzigen Lohnsätze sind nicht in Einklang zu bringen mit Herstellungskosten und Preisen, die uns den Absatz unserer Produkte ermöglichen würden. Es liegt im eigenen Interesse der Arbeiter, den Lohnreduktionen zuzustimmen, die uns in den Stand setzen, mehr zu produzieren und zu verkaufen und auf diese Weise eine größere Zahl von Arbeitern zu beschäftigen. Das Einkommen der arbeitenden Klassen im allgemeinen wird erhöht und nicht erniedrigt durch diese Lohnherabsetzungen.

Wie weit sind diese Beweisführungen richtig? Zunächst: Welche Gewähr besteht dafür, daß die Lohn-

reduktionen tatsächlich sich in herabgesetzten Preisen auswirken und so Nachfrage und Beschäftigungsgrad heben? Wir müssen daran denken, daß wir nicht in einer Welt des freien Wettbewerbes leben, sondern in einer Welt der sehr ausgedehnten Trusts, Vereinigungen, Gesellschaften und anderer mehr oder weniger monopolistischer Körperschaften. Wenn die unter diesen Bedingungen produzierten und verkauften Güter nur auf den lokalen oder rein nationalen Markt gebracht werden, kann es das Kartell oder der Trust vorteilhafter finden, die durch niedrigere Löhne erzielten Ersparnisse als Profite einzustecken, als durch herabgesetzte Preise den Verbrauch und den Beschäftigungsgrad zu steigern. Selbst da, wo keine festgefügte Organisationen die Preise bestimmen, werden die Unternehmer immer dazu neigen, sich dadurch für die schlechteren Zeiten zu entschädigen, daß sie die hohen Preise auch dann noch aufrechterhalten, wenn die Lohnreduktionen ihnen eine Preisherabsetzung ermöglichen würden. Mit anderen Worten, die Behauptung, daß eine allgemeine Lohnherabsetzung notwendigerweise und augenblicklich eine Preis-senkung, die den Verbrauch und den Beschäftigungsgrad steigern könne, zur Folge haben werde, muß eine große Einschränkung erfahren, soweit der einheimische Markt in Frage kommt. Wir waren oft in der Lage, die verschiedenen Stadien dieser Preisreduktion zu beobachten, wobei in den verarbeitenden Industrien die aus den sinkenden Löhnen oder billigeren Rohstoffen erzielten Ersparnisse gedrosselt und aufgefressen wurden durch Händler- und Zwischenhändlergewinne, so daß sie nur sehr langsam und lückenhaft in niedrigeren Preisen für Bedarfsartikel zur Auswirkung gelangten.

Die tatsächliche Stärke des Arguments für Lohnherabsetzung liegt im Exporthandel. Nimmt man die Hauptaufgaben der gegenwärtigen Situation, nämlich, daß die Kaufkraftfähigkeit des Weltmarktes nicht langt, um, sagen wir, die Hälfte des verfügbaren Kapitals und der Arbeitskraft zur Befriedigung seines Bedarfs zu beschäftigen, so ist es schwierig, der Vermutung zu widerstehen, als ob eine Art von Gresham-Gesetz wirksam sei, bei welchem die schlechtbezahlte Arbeit der besserbezahlten im Wettbewerb den Rang abliege. Denn die Verschlechterung der Leistungsfähigkeit braucht Zeit, um sich auszuwirken. Nun haben wir uns mit Frankreich verschworen, um Deutschland ein solches Schwijssystem aufzuzwingen, daß es unbedingt den Löwenanteil an jedem Außenhandel gewinnen muß. Wenn wir unsern Anteil erhöhen wollen, so können wir es nur dadurch, daß wir entweder Löhne oder Herstellungskosten in Deutschland erhöhen oder sie in England herabsetzen. Da wir scheinbar nicht willens sind, Deutschland von seinen Verbindlichkeiten zu befreien und ebensowenig gefonnen sind, irgend etwas für den tatsächlichen Wiederaufbau Rußlands und der anderen durch den Krieg zugrunde gerichteten Länder zu tun, so sind wir durch eine Art unüberwindlicher Logik zu dem gezwungen, was unsere liberalen Volkswirtschaftler als eine beklagenswerte Notwendigkeit zugeben, zur Herabsetzung der Lebenshaltung unserer Arbeiter.

Aber wenn wir schon einmal diesen abschüssigen Pfad betreten, wo liegt kein Grund vor, warum wir eher stehenbleiben sollen, ehe unsere arbeitenden Klassen bis auf den deutschen Tiefstand heruntergedrückt sind. Das wäre ein Reallohn von ungefähr einem Drittel oder der Hälfte des jetzigen Standes. Ein Grund, von kleinen Lohnkürzungen, unter den jetzigen Währungs- und Transportverhältnissen eine Belebung des Außenhandels und der bestehenden politischen Unsicherheit zu erhoffen, liegt nicht vor.

So ist es ein Wettbewerb im Schwijssystem, in welchem wir einzutreten im Begriff sind, heute hauptsächlich mit Deutschland, morgen vielleicht mit Indien, Japan oder China.

Was soll unsere richtige Politik sein? Sollen wir die frühere Politik gegen das Schwijssystem als eines unserer Kriegssapient begraben? Oder wollen wir die Lebensnotwendigkeit für unser Volk durch die einzige Lösung sichern, durch den Ausbau eines internationalen Lebensstandards für die gesamte Arbeiterschaft. Wir müssen den Ausgang klar ins Auge fassen. Wir können kein selbstgenügsames Volk werden. Im Gegenteil, wir müssen immer abhängiger werden vom Kauf und Verkauf auf dem Weltmarkt. Aber auf dem Weltmarkt kann es nur einen bestimmten Einheitspreis geben für jede

einzelne Güterklasse. Soweit der Wettbewerb herrscht, wird dieser Preis bestimmt werden durch diejenigen Produzenten, die ihre Waren zum niedrigsten Preis anbieten können. Diese Bedingung wird stets die Arbeiterschaft der höher entwickelten Völker bedrohen, solange sie sich nicht mit den weniger zivilisierten zusammenschließen, zum Zweck gegenseitigen Schutzes für Arbeit und Lebenshaltung. Denn, wenngleich der „ökonomische Vorteil der hohen Löhne“ und kurzen Arbeitszeit für gewisse Völker, gewisse Betriebe und bis zu einem gewissen Maße gültig ist, so hat er doch nicht solche absolute und allgemeine Gültigkeit, um einen genügenden Schutz gegen die Schwijspolitik zu bieten. Wir müssen daher alle unsere Kräfte aufbieten, um die Anfänge eines internationalen gesetzlichen Arbeiterschutzes zur Entfaltung zu bringen. G. R.

Dem Verbandstage in Dresden.

Die größte Verantwortung, die einem Gewerkschafter auferlegt wird, ist diejenige, die er trägt als Delegierter zum Verbandstage. Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, hat unser Verbandstag seine Tätigkeit in Dresden aufgenommen. Die dortige Arbeiterschaft hat unseren Delegierten zugerufen „Willkommen“ und die Mitglieder der Organisation begleiten sie mit heißen, brennenden Wünschen. Der Verbandstag in Dresden ist die erste Strophe nach dem Weltkrieg und der Revolution, die beide nicht allein auf politischem Gebiet eine grundlegende Umänderung vorgenommen, sondern auch in der Wirtschaft eine Umwälzung hervorbringen, die in der Richtung zur Wirtschaftsdemokratie geht. Die wirtschaftliche Entwicklung ist im Gegensatz zu der früheren in eine andere Bahn hineingedrängt worden. Das Alte wird abgelöst, neue Formen drängen herauf. War es in der hinter uns liegenden Zeit die hervorragende Aufgabe der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der organisierten Arbeiterschaft oder der Arbeiterschaft überhaupt zu heben, so ist diese Aufgabe heute unter den veränderten Wirtschaftsverhältnissen die gleiche geblieben, aber zu dieser Aufgabe sind noch andere eminent wichtige Aufgaben hinzugekommen. Die Gewerkschaften sind die Träger der Wirtschaftspolitik, der Wirtschaftsdemokratie geworden. Sie sind vom Subjekt zum Objekt geworden. Die Gewerkschaften vereinigen in sich Millionen Arbeitnehmer. Diese Millionen sind durchdrungen von dem Bewußtsein, daß sie nach der intensiven Geltendmachung ihrer Interessen in den Betrieben und in der Öffentlichkeit aber auch darüber hinausstreben müssen in die Mitwirkung im Produktionsprozeß selbst, der bisher einseitig vom Unternehmer und dem Kapital geleitet wurde. Diese in den Gewerkschaften vereinten ungeheuren Massen wollen nicht mehr nur als Arbeiter an der Arbeitsstelle umgebunden an Arbeitsaufgaben ohne Ausblick auf das wirtschaftliche Ganze leben und sterben, sondern sie drängen darüber hinaus. Der Blick geht über die Arbeitsstelle hinaus auf das wirtschaftliche Ganze. Der Arbeiter will seine Erfahrung und seine Sachkunde fruchtbar in den Entwicklungsgang der Produktion stellen. Diese Bestrebungen, gemischt mit neuen Lebenstrieben führen in der gesamten Arbeiterbewegung eine geistig aufwühlende Bewegung herbei. Diese nun so gewaltige Schaffenskraft ist in den Gewerkschaften zentralisiert. Hier muß sie wirken als treibendes Agens, so werden und sind die Gewerkschaften die Energiequellen der Produktion geworden. Und diese Quellen müssen durch die Gewerkschaften weiter erschlossen und offengehalten werden.

Aber nicht der Wille der emporkommenden Arbeiterschaft allein wird die veränderte Wirtschaftsordnung schaffen, obwohl er ein grundlegender Faktor mit ist, sondern er wird in der Parallele der zwangsweisen ökonomischen Entwicklung gehen. Diese Entwicklung bringt der Arbeiterschaft ungeheuer große Aufgaben. Durch die Verschärfung der politischen Machtverhältnisse, die lediglich doch nur Entwicklungsgang sind, wurden Gesetze geschaffen, die den Arbeiter zum gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsprozess gemacht haben. Es ist unmöglich, beim Aufbau der Wirtschaft diesen Faktor außer acht zu lassen, die Bewegung würde sich sonst über alle Formen hinaus gewaltig und chaotisch Bahn brechen. Alle Betrachtungen, die heute auf einem Verbandstag einer Gewerkschaft angestellt werden, haben davon auszugehen, wie kommen wir aus dem kapitalistischen Zusammenbruch heraus. Ich weiß, ich habe Gegner, die behaupten werden, der Kapitalismus sei heute stärker wie je zuvor. Das ist falsch, wahr ist dagegen nur, daß die kapitalistische Gesellschaft die größten Anstrengungen macht, das Alte zurückzuerobieren. Die Entwicklung schreibt aber auch ihnen die Bahn vor. Heute wird die Welt beherrscht von dem Weltkampf um die rationellste Wirtschaft. Der verlorene Krieg hat für uns dieses Entwicklungstempo beschleunigt. Die Klasse der Arbeitnehmerschaft ist heute in Deutschland nicht allein der Träger des Staatsgedankens, sondern auch der Träger der veränderten und kommenden Wirtschaftsordnung. Hier müssen die Gewerkschaften jetzt einsehen. In ihrer Hand befindet sich das erste Element der Wirtschaft: die Arbeiterschaft. Wie muß die „neue Wirtschaft“ aussehen? Die best-

ren Herr Schlichte werden dann den Reichsmantelvertrag anerkennen und Lohnsätze abschließen, wenn bei den Arbeitern der feste Wille vorhanden ist, es durchzusetzen. Herr Schlichte verlangt für seine Ware die höchsten Preise, er kann auch einen anständigen Lohn zahlen. Der Lohnsatz für Herford liegt in der ersten Lohngruppe 935 Mk. und für Handwerker und Vorarbeiter extra 10 Mk. pro Woche vor, also 945 Mk. und für die zweite Lohngruppe der Vollarbeiter 925 Mk. vor. In Steinhagen erhalten Handwerker einen Stundenlohn von 20 Mk., Vorarbeiter, Chauffeurs und Fahrer einen solchen von 19 Mk., die übrigen Vollarbeiter einen solchen von 18 Mk. oder umgerechnet auf die Woche 960 Mk., 912 Mk. und 864 Mk. Die Handwerker bei Schlichte erhalten also im Augenblick pro Woche 15 Mk. mehr, daß Gros der Arbeiter erhält bis zu 61 Mk. weniger pro Woche. Dabei werden bei Anerkennung des Reichsmantelvertrages die Feiertage, die in die Woche fallen, mitbezahlt, ebenso ist die soziale Einrichtung bei Krankheit gut ausgebaut. Des weiteren bekommen die Kollegen, wo Lohnsätze bestehen, bis zu 12 Tagen Urlaub im Jahre unter Fortzahlung des Lohnes. Diese Einrichtungen auch in Steinhagen zu schaffen, müßte den dortigen Brennereiarbeitern doch ein erstrebenswertes Ziel sein. Also, alle Brennereiarbeiter, hinein in die Organisation.

Da in dem Verhalten der Steinhägerbrennereien, insbesondere der Firma Schlichte, eine solche Nichtachtung der gewerkschaftlichen Organisationen liegt, empfehlen wir den Kollegen, den Vorgängen in Steinhagen ein wachsam Auge zu schenken und in besonderen dem Produkt der Firma Schlichte: „Verlangt Schlichte“. Wie Schlichte die Organisation ablehnt, lehnen die organisierten Arbeiter „Schlichte“ ab.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Bierniederlagen.

† **Berlin.** Mit dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend wurden für die in den Niederlagen beschäftigten Arbeitnehmer, zahlbar ab 11. Mai 1922 bzw. mit der ersten nach dem 11. Mai beginnenden Lohnwoche, mit Zustimmung der Lohnkommission folgende Löhne vereinbart: Für die Niederlagsorte: Alt-Landsberg, Bernau, Brandenburg a. d. Havel, Cottbus, Eberswalde, Erxler, Forst, Frankfurt a. d. Oder, Fürstenwalde, Guben, Hamigsdorf, Hohenneuendorf, Königswusterhausen, Luckenwalde, Mittenwalde, Nauen, Neuenhagen, Oranienburg, Potsdam, Rüdersdorf, Swinemünde, Velten, Werder, Woltersdorf und Jossen 975 Mk. die Woche. Für die Orte: Freienwalde, Krammen und Strausberg 900 Mk. und alle übrigen vorstehend nicht aufgeführten Niederlagen 860 Mk.

† **Breslau.** Bei der am 31. Mai mit dem gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverband geführten Verhandlungen mit dem Brauereiverein von Breslau und Umgegend machte der Geschäftsführer des Vereins, Herr Rechtsanwalt Krüger, den Vorschlag, die Lohnfrage zur Klärung ohne weiteres dem Schlichtungsausschuß zu übergeben, da er keine Möglichkeit sehe, bei unserer eingereichten Forderung von 270 Mk. Zulage zu einer Einigung zu kommen. Dies wurde seitens der Verhandlungskommission abgelehnt; wir bestanden dagegen auf Verhandlungen. Angeboten wurden 90 Mk. Dieses Angebot wurde rundweg abgelehnt. Bei den dann stattgefundenen Verhandlungen, ohne den Geschäftsführer, wurde eine Zulage von 150 Mk. für männliche Arbeitnehmer, 100 Mk. für Frauen erzielt. Doch wurde dieses Angebot seitens der Brauereiarbeiter einstimmig abgelehnt und neue Verhandlungen für den anderen Tag verlangt. An anderen Tage gelang es dann, 175 Mk. Zulage für männliche Arbeitnehmer zu erreichen, Frauen 100 Mk. An Wochenlohn erhalten demnach Gelernte 1050 Mk., Ungelernte 1035 Mk., Frauen 635. Diese Lohnverhandlungen gestalteten sich in Breslau jedesmal sehr schwierig, weil der gemischt-gewerbliche Arbeitgeberverband niemals wesentlich über die Errechnungen des Lohnamtes hinausgeht und die Arbeiterschaft lieber in den Kampf eintreten lassen will. Soll es auf diesem Gebiete hier in Breslau einmal anders werden, muß mit dem größten Nachdruck auf die Beseitigung des Lohnamtes hingewirkt werden. Nur durch den einmütigen Willen unserer Brauereiarbeiterschaft, eher den Kampf aufzunehmen, als sich dem Willen des gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverbandes zu beugen, gelang es, diese Löhne herauszuholen.

† **Bülow.** Der Streit der Brauereiarbeiter geht weiter. Der Brauereibesitzer Herr, ein Hauptmann a. D., schickt der Presse Berichtigungen, daß der Lohn der Brauereiarbeiter nicht 330 Mk. pro Woche, sondern über 7 Mk. pro Stunde betrage. In dem einen wie anderen Falle ist es ein Hungerlohn. Tatsächlich beträgt der Wochenlohn 338 Mk., wovon noch Steuern, Kranken- und Invalidenbeiträge in Abzug kommen. Solchen Lohn noch in der Öffentlichkeit zu verteidigen ist ein starkes Stück. Ein Verbandsvertreter suchte zu verhandeln, jedoch Herr Herr machte sich unsichtbar. Er muß erst durch Schaden klug werden, ehe er zur Einsicht kommt.

† **Hamburg.** Ueber unsere Lohnbewegung berichtet Kollege Hühlein in der Versammlung am 23. Mai. Bei der letzten Lohnbewegung war der Schlichtungsausschuß angeufen worden, der durch Schiedspruch mit Rückwirkung ab 1. Mai und mit Bindung bis zum 31. Mai für die I. Lohnklasse 1080 Mk. und für die II. Lohnklasse 1000 Mk. pro Woche festlegte. Dieser Schiedspruch wurde durch die Versammlung und durch Urabstimmung abgelehnt. Weitere Verhandlungen mit den Unternehmern führten zu einer Verständigung, indem die Unternehmer in der Bindungsfrist weiteres Entgegenkommen zeigen wollten, wenn die nächste Lohnbewegung auf freier Vereinbarung erledigt würde. Die neuen Verhandlungen wurden rechtzeitig aufgenommen und fanden statt zwischen einer Vertretung der Arbeitgeber (ohne Syndikus) und unserem Vorsitzenden Hohlstein als Vertreter der in Betracht kommenden Arbeitnehmerorganisationen. Das Ergebnis dieser Verhandlung: 1280 Mk. für die I. und 1270 Mk. für die II. Lohnklasse mit Wirkung ab 21. Mai 1922, lag der Versammlung zur Entscheidung vor. Nach lebhafter Aussprache stimmte die Versammlung dem Verhandlungsergebnisse zu.

† **Rosita.** Der Brauereiarbeiterstreik ist nach zehntägiger Dauer beendet. Direktor Goldacker hat sich als echter Arbeiterfeind erwiesen. Es blieben leider durch die Schuld der Arbeiter und ihrer Schlappheit zwei Kollegen der Streikleitung, die als Arbeitererrat fungierten, auf der Strecke, trotz

dem jetzt Hochkonjunktur in der Brauerei herrscht. Der Streik hat bewiesen, daß nur Solidarität die Arbeiterschaft vor völliger Vernichtung durch die Kapitalisten retten kann.

† **München.** Vor nahezu 4000 Kollegen und Kolleginnen im Münchener Rindl-Keller berichtete Kollege Ertl am 1. Juni über die Verhandlungen mit den Brauereien. Den am 17. Mai gefällten Schiedspruch, der den Arbeitern ab 12. Mai 175 Mk. und den Arbeiterinnen 100 Mk. zugesprochen hat, haben nach Mitteilung des Bayerischen Brauerbundes die Brauereien einstimmig abgelehnt, weil er den Herren viel zu hoch war. Daraufhin haben wir das Landeseinigungsamt als letzte Instanz angerufen. Diese Ablehnung hat unter die Brauereiarbeiter eine so große Unruhe gebracht, die den Herren sehr zu schaffen machte. Am 1. Juni fanden dann die letzten Verhandlungen unter Führung des Landeseinigungsamtes statt. Bei den Verhandlungen wurden nochmals mit aller Schärfe unsere Forderungen vertreten. Nach langwierigen Verhandlungen wurde folgender einstimmiger Schiedspruch gefällt: Ab 12. Mai alle Arbeiter 175 Mk., Arbeiterinnen und Jugendliche 100 Mk.; ab 9. Juni für Männliche weitere 125 Mk. und für Weibliche und Jugendliche 80 Mk., für Arbeiterinnen mit selbständigem Haushalt weitere 10 Mk. Somit beträgt der Spitzenlohn für die Gelernten: 1097,30 Mk., für Fahrpersonal und Hilfsarbeiter 1078,10 Mk., für Arbeiterinnen 714,10 Mk. An das Referat schloß sich eine sehr erregte Debatte, in der der große Unwille über den Schiedspruch zum Ausdruck kam, doch traten die meisten Kollegen für die Annahme dieses Schiedspruches ein. Die Abstimmung erfolgte am 2. Juni, morgens 7 Uhr, an der sich über 3700 Kollegen beteiligten, und wurde der Schiedspruch gegen eine sehr starke Minorität angenommen. Damit war für diesmal die Lohnbewegung beendet.

Mühlen.

† **Halle.** Die Profitflucht des Unternehmertums kennt keine Grenzen. Besonders arg treiben es die Hildebrandtschen Mühlenwerke in Hüllberg. Schon bei der letzten tariflichen Regelung der Löhne im April versuchte die Direktion ihren Arbeitern die vereinbarten Lohnsätze vorzuenthalten und wollte sie vor den Karren des Mühlenkapitals spannen, um höhere Mahllöhne herauszuholen. Dieser Plan wurde jedoch von der Belegschaft durchschaut und auch durchkreuzt. Auf Drängen der Organisation bequamen sich dann die Unternehmer, die geforderten Löhne zu zahlen. Da diese Regelung der Löhne nur für Monat April galt, mußten für Mai neue Vereinbarungen getroffen werden. Die Mühlen Genossenschaft lehnte es überhaupt ab, über neue Lohnforderungen zu verhandeln. Der Schlichtungsausschuß fällt daraufhin einen Schiedspruch, nachdem die neuen Löhne vom 1. Mai an zu zahlen sind. (Spitzenlohn 870 Mk.) wöchentlich. Obgleich die kleinen Mühlenbesitzer sich bereit erklärten, die neuen Löhne zu zahlen, machten die Hildebrandtschen Mühlenwerke Schwierigkeiten. Am 19. Mai erklärte dann der erste Direktor dem Betriebsrat, daß, nachdem die frühere Belegschaft von 100 auf 50 reduziert worden ist, der Betrieb noch weiter eingeschränkt werden müßte, und zwar sollten noch 14 Arbeiter und 3 Arbeiterinnen entlassen werden. Die Firma hat sich auch durch den Einspruch des Betriebsrats nicht abhalten lassen, den 17 Personen zu kündigen. Unter den Kündigten befinden sich sechs Arbeiter, die bereits über 30 Jahre in der Mühle tätig sind, einer ist sogar schon 47 Jahre dort beschäftigt, die übrigen 1 bis 14 Jahre.

Wir wollen nicht verkennen, daß die Mühlen in den Monaten von Ende Mai bis zur neuen Ernte keinen Hochbetrieb haben. Diese ruhigere Zeit wird aber überall dazu benutzt, die Anlagen von dem Schmutz (Spinnweben, Watten usw.), der sich im Laufe eines Jahres anammelt, zu säubern. Das wurde bisher auch in den Hildebrandtschen Mühlenwerken so gehandhabt. In diesem Jahre soll es anders werden. Die Direktion beabsichtigt nicht, die Fabrikanlagen zu reinigen, sondern will die zur Reinigung in Frage kommenden Arbeiter entlassen. Nach uns die Sintflut! Der erste Direktor meinte, „wegen meiner können die Spinnweben bis zum Boden hängen“.

Ist es schon ein Verbrechen, all die alten Arbeiter, die 30 und 40 Jahre von dieser Firma ausgebeutet worden sind, jetzt auf ihre alten Tage auf die Straße zu werfen, so müssen die Mißstände in diesem profitflüchtigen Unternehmen den schärfsten Protest der gesamten Öffentlichkeit herausfordern.

Wie von Arbeitern berichtet wird, starrt die Mühle jetzt schon voller Schmutz, und besonders arg ist die Mottenplage. Es ist bei den jetzigen Zuständen gar nicht zu vermeiden, daß die Motten sich mit dem Mehl vermengen. Der Direktion sind diese Mißstände ebenso bekannt wie den dort beschäftigten Arbeitern. Aber da es sich hier um einen Ausbeutungsbetrieb schlimmster Sorte handelt, läßt man im Interesse einer hohen Profitrate den ganzen Betrieb verdrecken. Die Bevölkerung, die diesen Profitjägern ausgeliefert ist, muß ja deren Produkte kaufen, auch wenn sie mit Motten und anderem Schmutz durchsetzt sind. Wie fordern daher, da hier ein öffentlich-gesundheitliches Interesse in Frage steht, die Gesundheitspolizei auf, die Hildebrandtschen Mühlenwerke genau zu untersuchen. Es ist ein ungeheurer Skandal, wie hier durch die Profitflucht des Unternehmertums mit dem Leben und der Gesundheit der gesamten Bevölkerung Schindluder getrieben wird.

Da auch der Betriebsrat mit gekündigt war, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser fällt den Spruch, daß alle alten Leute bei Bedarf wieder einzustellen sind. Bei Verweigerung sind jedem $\frac{1}{12}$ des Jahresverdienstes, 19000 Mk., zu zahlen. Die Kündigung des Betriebsrats wurde als rechtswirksam bezeichnet. Trotzdem sind die Betriebsratsmitglieder von neuem gekündigt worden. Jetzt wird sich das Gewerbegericht damit befassen müssen.

Verschiedene Betriebe.

† **Gessentirchen.** Der Streit bei der Firma Schulte im Hofe Nachh., Brennerei und Mühle, ist nach dreitägiger Dauer beendet. Die Firma stellte alles auf, um mit der Organisation nicht zu verhandeln. Sie wollte nur mit ihren Arbeitern verhandeln. Erklärte doch Herr Müller bei den Verhandlungen, daß nach seiner Information die Mehrzahl der Leute noch nicht mal organisiert sei. Nun, dieses Mal hat Herr Müller nachgedacht, wir können ihm verraten, daß alle, ob Brenner, Müller, Fabrer oder Arbeiterinnen, organisiert sind. Nach längerer Verhandlung hat die Firma die Lohnsätze nach dem Mülhentarif anerkannt. Wenn auch

verschiedene andere Forderungen noch nicht restlos erfüllt sind, so können doch die Kollegen der Firma Schulte im Hofe sehen, was Einigkeit vermag. Bisher hat es immer an der Einigkeit gemangelt, hoffentlich haben sie aus dem Kampf gelernt.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

† **Andreas Jacob.** Kollege Andreas Jacob, 1. Geschäftsführer der Zahlstelle München und Vorsitzender der Zahlstelle, ist am 5. Juni gestorben. Ein altes Kehlkopfleidern behinderte ihn immer mehr im Sprechen, so daß er schließlich ganz heiser war. Von einer Operation erhoffte er Besserung; der Kehlkopf wurde entfernt und Kollege Jacob lange Zeit künstlich genährt. Seine Kräfte nahmen dauernd ab. Dem dauernden Kräfteverlust hielt auch sein jähres Körper nicht stand.

Kollege Jacob gehört zu den Alten in der Organisation. Am 13. November 1871 in Hengersberg, Niederbayern, geboren, war er von Beruf Brauer, schon 1896 in München Verbandsmitglied. Vor seiner Anstellung als Geschäftsführer der Zahlstelle München im Jahre 1905 war er in der Ortsverwaltung, zuletzt als Vorsitzender im Ehrenamt tätig. Im 1. Quartal 1905 finden wir in der Zahlstelle München nach der Abrechnung 1760 Mitglieder. Gar stattdich hat sich diese Zahl im Laufe der Zeit vergrößert. Kollege Jacob hat in rastloser Arbeit einen erheblichen Anteil an dieser Aufwärtsentwicklung. Und mit welchem Eifer, Jähigkeit und Geschick er die Interessen der Kollegen gegenüber den Unternehmern wie überhaupt vertreten hat, das ist nicht nur den Kollegen in München bekannt. Die Zahlstelle München und der Verband verlieren im Kollegen Jacob einen energischen, zielbewußten und unermüdeten Vertreter der Interessen der Mitglieder.

Am Donnerstag, 8. Juni, erfolgte die Bestattung. Welches Ansehen Kollege Jacob allgemein genoß, zeigte auch die Zahl und Verschiedenheit der Leidtragenden. Von einer Anzahl Zahlstellen in Bayern waren Deputationen anwesend. Die Beteiligung der Münchener Kollegenchaft war recht zahlreich, auch die Unternehmer fehlten nicht; ferner war die Partei vertreten, die Stadtverwaltung, das Sozialministerium. Auch der Hauptvorstand hat es sich nicht nehmen lassen, durch den Verbandsvorsitzenden Kollegen Jacob die letzte Ehre zu erweisen. Ein arbeits- und im Dienste der Arbeiter erfolgreiches Leben hat aufgehört. Kollege Jacob, Ruhe in Frieden!

† **Arbeitslosigkeit im Verbands im April 1922.** Von den in den Berichten angegebenen 83 077 (81 792 im Vormonat) angegebenen Mitgliedern waren am Schlusse der letzten Aprilwoche 528 (503) arbeitslos, davon 414 (394) männliche und 114 (109) weibliche.

† **Betriebskonzentration und Kapitalerhöhung.** Die Generalversammlung der Hildesheimer Aktienbrauerei erhöhte das Aktienkapital auf 4 Millionen Mk. und genehmigte die Uebernahme der zwei Brauereien in Einbeck, die zusammengelegt werden.

Die Düsseldorfener Lebensmittelwerke Frome u. Roden wurden unter Mitwirkung der Deutschen Bank mit 35 Millionen Mark Aktienkapital in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Die „Ostdeutsche Hefewerke A.-G.“ in Tilsit hat das Grundkapital um 4,5 Millionen Mark erhöht.

† **Kapitalerhöhung beantragen:** Essener Aktienbrauerei um 2,5 auf 5 Mill. Mk.; Kunstmühle Tivoli A.-G. in München um 3,1 Mill. Mk.; Viktoria-mühle Berlin um 5 auf 10 Mill. Mk.; Brauerei Löwenteller, Mannheim, um 1,2 Mill. Mk.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

† **Finanzreform in den Gewerkschaften.** Auf Beschluß des Vorstandes, Ausschusses und Beirats des Verbandes der Sattler und Tapezierer tritt ab 1. Juli folgende Beitragszahlung ein: 3, 6, 9, 12, 15 und 18 Mk. pro Woche. Die Streikunterstützung beträgt in den drei höchsten Beitragsklassen täglich

Beitrag nach 18	26	52	156	260 Wochen
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
12,—	18,—	30,—	36,—	42,—
15,—	22,50	37,50	45,—	52,50
18,—	27,—	45,—	54,—	63,—

† **Kinderzulage pro Tag 2 Mk.**

Im Verband der Steinarbeiter treten ab 27. Beitragswoche zu den jetzt bestehenden Beiträgen folgende neue Beitragsklassen hinzu, und zwar bei einem Stundenverdienst bis 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31, 33, 35 Mk. Beitrag 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31, 33 Mk.

Im Verband der Gärtner sind drei weitere Beitragsklassen errichtet mit Wochenbeiträgen von 16, 18 und 20 Mk. Die Streikunterstützung beträgt pro Woche bei einem

Beitrag von 16 Mk.	18 Mk.	20 Mk.
nach 13 Wochen	192 Mk.	216 Mk.
nach 52 Wochen	204 Mk.	228 Mk.
nach 260 Wochen	240 Mk.	264 Mk.

Die höheren Unterstützungsätze treten nach 13 Wochen höherer Beitragsleistung in Wirkung. Die Beiträge zu 1,50 Mk., 2,50 Mk. und 3,50 Mk. kommen ab 1. Juli in Wegfall.

† **25 Jahre freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung.** Der Zentralverband der Angestellten, die führende Gewerkschaft in der modernen Angestelltenbewegung, beginnt am 7. Juni sein 25jähriges Jubiläum. Aus kleinen Anfängen heraus ist er durch intensive Arbeit für die Handlungsgehilfen zu dem geworden, was er heute ist. Der Boden, den die Angestelltenbewegung zu beackern hatte, war schwerer als der, den die Arbeiterbewegung zu bewässern hatte. Vor dem Kriege galt es als etwas ganz Besonderes, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen oder dem Verband der Bureauangestellten anzugehören. Sie erstreuten sich nicht der Gunst der Reichs- und Staatsbehörden, sondern lagerten in freiem Kampfe mit denselben. Das Unternehmertum in Gemeinschaft mit den Harmonieverbänden hatte ein wachsameres Auge, welchen Verbänden ihre Angestellten angehörten. Die Zeiten haben sich geändert, und heute, nach 25 Jahren, marschiert die freie Angestelltenbewegung und ist zu einem achtunggebietenden Faktor in der modernen Arbeiterbewegung geworden.

